

zu TOP

Mainz, 19.09.2017

Anfrage 1373/2017 zur Sitzung am 27.09.2017

Ergebnisse der Dieselgipfel (SPD)

Nach dem Stuttgarter Urteil und laufenden Klage der Deutschen Umwelthilfe (DUH) gegen die Stadt Mainz wegen zu hoher Stickstoffdioxidwerte in der Luft, könnte der Stadt Mainz ein Fahrverbot drohen. Berufstätige Pendler aus Mainz und dem Umland, Handwerksbetriebe und die kommunalen Unternehmen wie der Ver- und Entsorgung wären in besonderem Maße betroffen.

Anfang Oktober fand ein Mobilitätsgipfel der Bundesregierung mit Landesregierungen und rund 30 betroffenen Kommunen in Deutschland unter Beteiligung des Oberbürgermeisters der Stadt Mainz statt.

Bereits zuvor Ende August hat die rheinland-pfälzische Landesregierung zu einem Spitzengespräch eingeladen und im Ergebnis, unter anderem eine Soforthilfe von einer Million Euro für Mainz zur Verbesserung der Luftqualität bereitgestellt.

Die SPD-Fraktion hat immer gefordert, dass eine schnellstmögliche Lösung zu den drohenden Diesel-Fahrverboten geschaffen werden muss und fordert die wahren Verantwortlichen wie die Autoindustrie und den Bundesgesetzgeber in Verantwortung zu ziehen und nicht die, die in dieser Gemengelage das schwächste Glied sind, nämlich die Kommunen und Fahrzeughalter.

Wie andere Kommunen ebenso hat Mainz in den vergangenen Jahren zahlreiche Anstrengungen unternommen und erheblich investiert, die Luftreinhaltung zu verbessern. So lassen sich die Förderung des Fahrradverkehrs und der Mietfahrräder, die Stärkung des Carsharings und der Bau der Mainzelbahn als Beispiele nennen.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Was sind die Ergebnisse des Gipfels in Mainz und Berlin?
2. Welche Fördermittel erhält die Stadt Mainz zur Umsetzung von Maßnahmen und wie soll diese verwendet werden?
3. Wie sieht das weitere Vorgehen der Verwaltung aus, um Fahrverbote wie in Stuttgart in Mainz abzuwenden?

gez.

f. d. R.

Alexandra Gill-Gers
Fraktionsvorsitzende

Dr. Christine Pohl
Fraktionsgeschäftsführerin